

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

## Inhalt

Annie Krouwel-Vlam (PvdA) MdLP, Vorsitzende des Ausschusses für Volksgesundheit des Europäischen Parlaments, setzt sich für die Entwicklung eines einheitlichen Organspende-Konzepts für Europa ein.

Seite 1/2

Anke Martiny MdB zeigt die Fortschritte des neuen Filmförderungsgesetzes auf.

Seite 3/4

Heinrich Klein MdB schildert Erlebnisse aus dem Wahlkampf in Großbritannien.

Seite 5/7

H.G. Schmidt weist die Gradlinigkeit der SPD in Sachen Kernenergie nach: Stoltenberg nimmt es mit der Wahrheit nicht genau.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 81

27. April 1979

Ein einheitliches Organspende-Konzept für Europa

Das Europäische Parlament dringt auf Koordinierung der Gesundheitspolitik

Von Annie Krouwel-Vlam (PvdA) MdLP  
Vorsitzende des Ausschusses Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament

In der Europäischen Gemeinschaft gibt es bereits eine ganze Reihe von Universitätszentren für Organtransplantation, und einige Privatinstitute wie zum Beispiel Eurotransplant haben bereits eine Tätigkeit über die Grenzen hinweg entfaltet. Die derzeitige Situation im Bereich der bestehenden Organbanken entspricht jedoch keineswegs dem Niveau und den Bedürfnissen der Gesundheitspolitik in der Europäischen Gemeinschaft. Wieviel menschliches Leiden verbirgt sich hinter der großen Nachfrage nach Organtransplantationen? Bei einem zu geringen Angebot von Spendern kann sie nur langsam betrieben werden.

Das Gelingen von Transplantationen hängt bekanntlich in hohem Maße von einer optimalen physischen Übereinstimmung von Spendern und Empfängern ab. Die vorliegenden Daten müssen daher unter Einschaltung einheitlicher Datenverarbeitungssysteme ausgetauscht werden, damit mehr Menschenleben gerettet werden können und bei mehr körperlichen Gebrechen geholfen werden kann. Die EG-Kommission hat hierüber eine ausführliche Untersuchung durchführen lassen und die Errichtung einer Datenbank zur Organ- und Blutangleichung vorgeschlagen. Aufgrund der in den Untersuchungen enthaltenen Empfehlungen arbeitet die Kommission bereits an einem Vorschlag für eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen den bestehenden und den künftigen Organbanken. Die Sozialisten und mit ihnen das Europäische Parlament begrüßt dieses Vorhaben und wird es fördern.

Gleichzeitig mit der verstärkten Koordinierung der Daten- und Austauschsysteme muß auch eine Harmonisierung der Transplantationsregelungen erfolgen. In manchen Mitgliedstaaten

haben über die gesetzliche Verankerung der Transplantationsregelungen sehr gründliche und langwierige Beratungen stattgefunden. Organbanken würden ihrer Rolle besser gerecht, wenn diesbezüglich eine grundsätzliche Lösung erzielt werden könnte, so daß eine Reihe von Gesetzeshürden beiseite geräumt wären.

Die öffentliche Diskussion erörterte in der jüngsten Zeit hauptsächlich die Frage, ob für Organspenden eine Zustimmungslösung oder eine Widerstandslösung akzeptiert werden kann. Wir treten für eine Widerspruchslösung ein unter der Bedingung, daß die persönliche Willensäußerung des Spenders jederzeit optimal gewährleistet wird. Diese Regelung ist in Frankreich seit 1967 in Kraft und dürfte über kurz oder lang als erstrebenswertes Ziel ja nach der besonderen Lage in den einzelnen Mitgliedstaaten vorgeschlagen werden.

Sicherlich sind Tradition, Mentalität und Emotionen manchmal noch stärker als eine gewisse Logik. Daher muß wohl einige Zeit vergehen bis sich die neuen Entwicklungen wirklich durchsetzen. Leider muß man jedoch feststellen, daß eine mögliche Organabtretung häufig noch nicht zustandekommen kann, weil die erforderliche individuelle Zustimmung nicht vorlag und die Zustimmung der Verwandten zu spät gekommen ist.

Eine sehr eindrucksvolle Illustration dieser äußerst wichtigen Lebensfrage gibt das Theaterstück "Ein Novemberabend" von Pierre Soetewey, das in diesem Monat in Brüssel aufgeführt wird. Der zusammengerufene Familienrat konnte sich nicht rechtzeitig über eine eventuelle Herzspende einigen - Spender und Empfänger sind in dem Theaterstück gestorben.

Die EG-Kommission sollte nicht nur die Zusammenarbeit und den Datenaustausch zwischen den bestehenden Organbanken im Rahmen einer Koordinierung fördern, sondern auch einen Richtlinienvorschlag für eine Transplantationsregelung auf der Grundlage der "Widerstandslösung" vorlegen.

Mit dieser Initiative des europäischen Parlaments und der EG-Kommission wird ein Schritt auf dem Wege zu einer humanitären Einstellung gegenüber schwierigen Lebenssituationen unserer Nächsten getan, deren Überlebenszeit bei einer Transplantation nach menschlichem Ermessen wesentlich verlängert oder verbessert werden kann im Vergleich zu einer Situation in der eine solche Transplantation nicht stattfinden würde.

(-/27.4.1979/h1/ca)



## Zähes Ringen noch nicht zu Ende

-----  
 Filmförderungsgesetznovelle bringt Übereinstimmung aber läßt auch Gegensätze bestehen

Von Dr. Anke Martiny MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages

Ob man als Happy-End bezeichnen kann, was am Mittwoch bei der Schlußberatung des Filmförderungsgesetzes im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages sein vorläufiges Ende fand, ist innerhalb der betroffenen Filmwirtschaft nach wie vor ebenso umstritten wie zwischen Koalition und Opposition. Zwar war es einer Untergruppe des Wirtschaftsausschusses und der beiden mitberatenden Ausschüsse durchaus gelungen, in einer Reihe von Punkten Übereinstimmung zwischen allen drei Fraktionen zu erzielen, bei einigen grundsätzlichen Fragen aber waren die Gegensätze nicht aufzuheben. Damit bewegt sich die Novelle, die am 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten soll, in den Bahnen des derzeit gültigen Gesetzes, das 1974 ebenfalls kontrovers beschlossen worden war.

Die Argumente der Opposition sind auch seit 1974 immer dieselben: Das Gesetz sei nicht wirtschaftsfreundlich genug, es pelle mehr die kulturelle Filmförderung an, es bestrafe den wirtschaftlichen Erfolg, es sei unverträglich gegenüber den Filmtheatern, die sich eine andere Art der Abgabe gewünscht hätten. Diesen Argumenten ist folgendes entgegenzuhalten.

1. Das Gesetz ist in entscheidenden Fragen eindeutig wirtschaftsfreundlicher geworden. Einerseits dadurch, daß es auch dem Filmverleih und dem Filmahspiel in größerem Umfang Fördermaßnahmen angedeihen läßt - und zum Kino gehört nun mal nicht bloß der Produzent, sondern auch eine leistungsfähiges Filmtheater! -, andererseits dadurch daß zwischen den Subventionen für ein neues Filmprojekt und dem Einspielergebnis des letzten Films Verbindungen gezogen werden, die es hinfort ausschließen, daß jemand, dessen letzter Film ein minimales Zuschauerinteresse fand, etwa maximale Förderungsbeiträge für sein nächstes Filmprojekt bezieht.
2. Die von der Opposition immer wieder angeprangerte "Gremienwirtschaft" ist wenigstens in Ansätzen gemildert worden, dadurch, daß der Verwaltungsrat nicht mehr wie bisher 33, sondern nur noch 23 Mitglieder umfaßt; außerdem wurde für Filmprojekte, die einen Zuschuß von unter 200.000 DM beanspruchen, eine nur dreiköpfige Unterkommission beschlossen, die ebenfalls erheblich beweglicher sein dürfte als die bisherige "Projektkommission".
3. Der Begriff "guter Unterhaltungsfilm" wurde in den Regierungsentwurf wieder aufgenommen, da das Filmförderungsgesetz nicht, wie ihm immer vorgeworfen wird, elitäre Produkte fördern möchte, sondern durchaus "marktgängige Ware" vor guter Unterhaltungsqualität, die ihr Geld auch wieder einbringt, im Blick hat.
4. Die Koalitions-Fraktionen haben bis zur letzten Minute viel Kraft und Zeit darauf verwandt, eine Abgabenregelung zu finden, die die Filmtheater je nach Finanzkraft möglichst gerecht belastet. Man ist bei einer prozentualen Abgabe geblieben, die man allerdings um 0,25 Prozent je nach Umsatzkategorie ermäßigen konnte. Außerdem wird den Filmtheatern ein gewisser Prozentsatz der aufgebrachten Mittel automatisch wieder zurückfließen, damit sie Modernisierungsmaßnahmen oder andere Investitionen vornehmen können. An diesem Punkt hat die Regierung sich vom Bundestag "eines Besseren belehren lassen".



Einer unter dem Tisch gehandelten statistischen Übersicht zufolge, werden mehr als die Hälfte aller Filmtheater durch diese Neuregelung weniger Abgabe zu leisten brauchen, als sie dies bei einer Erhöhung von 15 auf 20 Pfennig pro Kinokarte gemußt hätten.

Bei allen Vorgesprächen, die im Ergebnis vom Mittwoch vorangegangen sind, haben die Koalitions-Fraktionen deutlich gemacht, daß sie die für die Filmförderung zur Verfügung stehenden Mittel insgesamt für zu gering halten. Mit diesen Mitteln ist eine wirkungsvolle Marktposition, die einerseits die mächtige amerikanische Konkurrenz in die Schranken weist, andererseits aber auch mit den Partnerländern der EG in Wettbewerb treten kann, nicht darzustellen. Deswegen setzten die Koalitions-Fraktionen große Hoffnungen darauf, daß einerseits die beiden Fernsehanstalten zugunsten der deutschen Filmwirtschaft noch ein wenig tiefer in die Tasche greifen; schließlich haben sie den größten Nutzen von einer leistungsfähigen deutschen Filmproduktion. Andererseits ist aber auch zu hoffen, daß der Filmwirtschaft vor allem beim Filmverleih und für die Filmtheater durch gezielten Einsatz von Haushaltsmitteln des Bundes geholfen wird. Es sollte mehr geschehen, um den deutschen Verleih gegenüber dem amerikanischen Verleih zu stärken und um die Kinostruktur in den Vorstädten und auf dem flachen Land zu verbessern. Hierzu ist Bundeshilfe erforderlich.

Ein besonders schwieriger und auch noch nicht abgeschlossener Punkt beim Inkrafttreten dieses Gesetzes ist die Frage, ob die EG-Kommission die deutsche Filmförderung akzeptiert oder als nicht vereinbar mit dem EG-Vertrag erklärt. Hier haben eine Reihe von Sondierungsgesprächen stattgefunden, die eine sehr restriktive Haltung der EG-Kommission haben erkennen lassen. Unbestreitbar aber liegt es im nationalen deutschen Interesse, daß eine deutsche Filmwirtschaft erhalten bleibt, die nun auch wirklich eine deutsche Filmwirtschaft ist. Man kann nicht Produkte, die von einem englischen Produzenten mit französischem Regisseur und italienischem Hauptdarsteller geprägt sind, etwa gar zu einem "deutschen Film" erklären. Hier ist die Filmwirtschaft sicherlich anders zu beurteilen als die Textilwirtschaft oder die Stahlwirtschaft.

Das zähe Ringen um eine möglichst gerechte und möglichst wirkungsvolle Verteilung von ganzen 25 Millionen DM ist also noch nicht zu Ende. Hoffen wir, daß die Mühe sich gelohnt hat und weitere Schwierigkeiten nicht auftauchen! (-/27.4.1979/hl/ca)



"Labour way - better way"

## Beobachtungen im britischen Unterhaus-Wahlkampf

Von Heinrich Klein MdB

Von den Wänden blicken Harold Wilson und Jim Callaghan. An schmalen Tischen sitzen, etwa 80 Männer, Frauen und Jugendliche. Auf einem kleinen Podest haben fünf Männer an einem Arbeitstisch Platz genommen: Der Vorsitzende der örtlichen Parteiorganisation, der Versammlungsleiter, der Schatzmeister, der Parteisekretär, der Kandidat.

Es ist Montagabend, 19.30 Uhr, im Labour-Club einer mittleren Stadt an der Kanal-küste in Englands Süden. Der Vorstand der Labour-Party für den Wahlkreis Süd-Dorset hat durch Zeitungsanzeigen und handgemalte Plakate zum "Adoption-Meeting" eingeladen.

Der Präsident der örtlichen Partei eröffnet. Er spricht gesetzt, würdig, verantwortungsbewußt. So wie es seinem Wesen, seinem politischen und beruflichen Werdegang gemäß ist. Ein angesehenen Bürger, Besitzer mehrerer Hotels, ehemals ehrenamtlicher Bürgermeister, seit über 40 Jahren Mitglied der Labour-Party, anerkannt bei seinen Mitgliedern, weil er auch als erfolgreicher Geschäftsmann nicht vergißt, wohin er nach seiner Herkunft und Gesinnung gehört: Auf die linke Seite im politischen Spektrum Großbritanniens. Ein Herr in Sprache und Gestik.

Das Wort wandert weiter zum Versammlungsleiter. Aus der Mitte der Teilnehmer kommt der Vorschlag, die Empfehlung des Parteivorstandes gutzuheißen. Der Kandidat, der bereits zweimal in Süd-Dorset um einen Unterhaussitz kämpfte, soll erneut ins Rennen gehen. Seine politische Arbeit wird gelobt. Seine drei akademischen Grade werden erwähnt und schließlich kommt die Feststellung: "Er ist ein guter Familienvater." Mit gekonntem Understatement meint der Kandidat, niemand bestreite, daß er erfolgreich verheiratet sei. Lachen. Die Hände gehen hoch. Keine Gegenstimme. Beifall. Der Kandidat ist "adoptiert".

Daß man mit dem 43jährigen Dozenten der lokalen Lehrerbildungsanstalt, der seinen zwei akademischen Titeln vor zwei Jahren noch einen Dr. phil. hinzufügte, das wohl beste Pferd ins Rennen schickt, wird in seiner halbstündigen Rede in kultiviertem Oxford-Englisch deutlich.

Arbeiter der Hand und des Geistes haben für ihn die gleiche Interessenlage. Er variiert damit vielleicht unbewußt ein Wort Lassalles "Arbeiter sind wir alle, insofern wir nur



eben den Willen haben, uns in irgendeiner Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen". Der Kandidat vermeidet dort Verbrüderung, wo sie als gewollt und unpassend empfunden werden könnte. Aber für ihn gibt es keinen Zweifel: Geistesarbeiter ziehen am gleichen Strang wie die Arbeiter im Hafen, die Fischer oder die öffentlich Bediensteten der Kommune, der Flotte oder der großen Haftanstalt, die es in dieser Region gibt. Er empört sich, daß die 50 Pfund (200 DM), die viele in diesem Landstrich als Wochenlohn erhalten, den Konservativen eine noch zu hohe Bezahlung sind. Unzufriedenheit auch mit der eigenen Regierung klingt an, der es nicht gelang, alle jungen Leute in Arbeit und Brot zu bringen. Aber ganz klare Absage an die Konservativen, die die Jugendarbeitslosigkeit nicht als Problem empfinden und folglich auch keine Lösung anbieten.

Soziale Fragen bestimmen die Rede wie auch das Programm der Labour-Party: Die relative Preisstabilität, die erst unter Labour gewonnen wurde, die Notwendigkeit, allen eine menschenwürdige Wohnung zu sichern, der "Sozial-Kontrakt" zwischen Regierung und den Gewerkschaften, der praktisch Lohn-Leitlinien gleichkommt und das Land vor den schweren Erschütterungen bewahrte, die ihnen 1974 die konservative Regierung Heath bescherte. Damals stiegen die Preise um 25 Prozent, Arbeitskämpfen in vielen Industriezweigen und Stromausfällen herrschten im ganzen Land. Die Warnung vor der "Ellenbogengesellschaft" der Konservativen durchzieht die Rede. Kooperation nicht Konfrontation, ist die Linie. Und die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze - notfalls mit staatlichen Subventionen - und Schaffung neuer Erwerbsmöglichkeiten stehen ganz oben an.

Der Gast aus der Bundesrepublik, freundlich mit Beifall begrüßt, bekommt zu hören, man sei für Europa aber gegen den gemeinsamen Markt. Die sieben Pfund, die gegenwärtig pro Kopf von Großbritannien in den Agrar-Fonds eingezahlt werden, würden auf das Dreifache steigen, wenn die Konservativen als erklärte Pro-Europäer die Macht übernähmen. Von der größer werdenden Arbeitslosigkeit, die sich durch Europa und eine konservative Herrschaft einstellen werde, gar nicht erst zu reden.

Labours Weg als den besseren Weg für Großbritannien darzustellen, wird die wichtigste Aufgabe des Kandidaten und seiner Helfer bis zum 3. Mai sein. Dabei liegt des Kandidaten Arbeit im "Canvassing", den Besuchen von Haus zu Haus. Ehe ihn seine Partei ins Feuer schickt, bereitet ihm die Mitgliedschaft eine Ovation: Während die Rede mit gespannter Aufmerksamkeit aber ohne Beifall gehört wird, erhebt sich starker Applaus am Ende der Ansprache. Zögernd stehen die ersten auf, bis schließlich der ganze Saal



seinen Kandidaten stehend mit stürmischem Beifall feiert. Anerkennung für eine inhaltlich und rhetorisch starke Aussage.

Ein Wahlkampf kostet Geld. Der Schatzmeister schildert die finanzielle Situation und fordert, gegen die finanziellen und publizistischen Möglichkeiten der Konservativen die Gegenkraft der Arbeiterschaft und ihrer Freunde zu setzen. Die lokalen Parteigliederungen nennen die Beträge, die sie für den Wahlkampf-Fonds bereitstellen. Befreundete Organisationen folgen mit weiteren Summen, jeweils mit Beifall bedacht. Besonders wird einer Spende der Rentnervereinigung applaudiert, die um der relativen Preisstabilität willen Labour erneut an der Regierung sehen will. Ehe ein Sammelsteller von Tisch zu Tisch geht, haben Einzelpersonen noch Gelegenheit, ihre etwas größeren Spenden anzumelden. Der Kassensturz kann sich sehen lassen: Nahezu 2.000 Pfund (6.000 DM) sind eingegangen. Dank an alle. Das "Meeting" ist zu Ende. Die Uhr zeigt 20.45 Uhr.

X

Da von der Parteizentrale nur relativ wenig Werbematerial zur Verfügung gestellt wird, ist der Parteisekretär auf Eigenherstellung, in der Regel auf die Druckmaschine in der Parteigeschäftsstelle, angewiesen. Alle Stimmberechtigten im Wahlkreis erhalten einen Brief des Kandidaten per Post. Die staatliche Unterstützung für Parteien, die um Unterhaussitze ringen, beschränkt sich auf die kostenlose Überlassung der Wähleranschriften und die kostenlose Beförderung einer Briefsendung an alle Stimmberechtigten. Nicht ohne Neid wird angemerkt, die bundesdeutschen Parteien und ihre Kandidaten hätten es mit staatlichen Unterstützungen besser.

Der Labour-Kandidat hat drei Wochen unbezahlten Urlaub genommen. Geziert mit einer großen Rosette wird er bis zum Abend des 2. Mai in Bewegung sein. Sein Konkurrent von der Thatcher-Partei hat es da besser. Er setzt auf die konservative Grundhaltung in Englands Süden, wo in Süd-Dorset bisher nur einmal - 1962 - ein Labour-Abgeordneter direkt gewählt wurde. Zur Wahlarbeit des konservativen Kandidaten, einem 32jährigen Lord, der als besonders politische Vorzüge seine Reisen in den Nahen und Fernen Osten herausstellen läßt und als Wohnsitz gleich drei Adressen, darunter zwei Herrenhäuser angeben kann, zählt natürlich nicht das Klinkenputzen. Unter der Hand ist zu hören, daß der angegebene Beruf als Bankkaufmann eher als Tarnung zu werten sei. In Wirklichkeit übe der Konservative den Beruf eines "Gentleman" aus - mehr auf den Erhalt eigener Privilegien bedacht als auf das Gemeinwohl.

Ob der Hinweis auf die Solidität der eigenen Sache und auf den unverkennbaren Egoismus der anderen Seite letztlich für eine erneute Bestätigung Labours ausreicht, wird erst am Wahlabend festzustellen sein. Die ständige Verringerung des haushohen Vorsprungs, mit dem die Konservativen Anfang April nach Umfragen führten, hat viele Labour-Anhänger optimistisch gestimmt. Und sie hoffen, daß die Programmaussagen der Links-Partei bei den Einsichtigen wirkt: Labour way - better way.



Wer spricht hier doppelzünftig und wer täuscht die Wähler?

Von Helmut G. Schmidt

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Stoltenberg wirft der Bundesregierung und der SPD Doppelzüngigkeit in der Energiepolitik vor. Von Verwirrspiel und Wählertäuschung redet der CDU-Vorsitzende Kohl. Trotz Wahlkampf darf die Wahrheit aber nicht auf der Strecke bleiben.

Tatsache ist, daß SPD und Bundesregierung seit Jahren eine kontinuierliche Energiepolitik betreiben. Sie haben sich nicht in blindem Fortschrittsglauben mit der Kernenergie verheiratet. Sie haben sich weder zu einem uneingeschränkten Ja noch zu einem uneingeschränkten Nein zur Kernenergie bekannt, weil beim heutigen Stand der Erkenntnisse beides nicht zu verantworten wäre. Harrisburg war für die SPD und die Bundesregierung nicht nur ein Schock, sondern auch der Beweis für die Richtigkeit ihrer abwartenden und prüfenden Haltung in Fragen der Kernenergie. Für Stoltenberg und seine Freunde war es das Ende eines verantwortungslosen Weges, der der Sicherheit der Bürger nicht den Platz einräumte, der ihr gebührt.

Dokumentation einer kontinuierlichen Energiepolitik:

Aus dem energiepolitischen Beschluß des Hamburger SPD-Bundesparteitages vom 15. bis 19. November 1977:

"...Angesichts der unbestreitbaren technischen, wirtschaftlichen und zeitlichen Probleme beim Einsatz energiesparender Technologien und bei der Entwicklung alternativer umweltfreundlicher Energieträger sowie der mit hoher Wahrscheinlichkeit schon mittelfristig zu erwartenden Verknappung der Ölversorgung, ist ein grundsätzlicher Verzicht auf die Verwendung von Kernenergie gegenwärtig nicht vertretbar. Angesichts der vielfältig offenen Probleme bei der Kernenergie ist ein verstärkter Bau von Kernkraftwerken im Hinblick auf die im folgenden genannten Bedingungen gegenwärtig ebenfalls nicht vertretbar. Daher muß die Option für die Kernenergie offengehalten und die Option, künftig auf Kernenergie verzichten zu können, geöffnet werden..."

Aus dem Antrag der SPD- und FDP-Bundestagsfraktion zur Einsetzung einer Enquete-Kommission "Zukünftige Energie-Politik" vom Dezember 1979 (Bundestags-Drucksache 8/2353).

"...I. Die Kommission hat die Aufgabe, die zukünftigen Entscheidungsmöglichkeiten und Entscheidungsnotwendigkeiten unter ökologischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und Sicherheits-Gesichtspunkten national wie international darzustellen und Empfehlungen für entsprechende Entscheidungen zu erarbeiten.

In diesem Rahmen hat die Kommission insbesondere

- ...4. mögliche Auswirkungen der Kernenergiehütung auf das gesellschaftliche Leben darzustellen und Vorschläge zur Verhinderung von Fehlentwicklungen zu machen,
- 5. Möglichkeiten und Konsequenzen einer Option darzustellen und zu bewerten, die einen zukünftigen Verzicht auf Kernenergie vorsieht..."

Aus der Erklärung der Bundesregierung zum Unfall im Kernkraftwerk Harrisburg vom 4.4.79:

"...3. Die Bundesregierung nimmt (daher) den Unfall und die daraus resultierende Besorgnis der Bevölkerung sehr ernst. Sie bekräftigt den Grundsatz der deutschen Kernenergiepolitik, dem Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung vor den Gefahren der Kernenergie Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sichern.

...11. Die Bundesregierung hat stets die Auffassung vertreten, daß die Bürger nicht nur über die Bedeutung, sondern auch über die Gefahren der Kernenergie informiert sein müssen. Die Bundesregierung wird deshalb den begonnenen Dialog mit den Bürgern fortsetzen. Sie hat die energiepolitischen Grundsätze für die Nutzung der Kernenergie in ihrer zweiten Fortschreibung des Energieprogramms dargelegt; ein wesentliches Element war dabei, daß Energieeinsparungen und Einsatz der deutschen Kohle Vorrang vor einem weiteren Ausbau der Kernenergie haben."

